

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXV/99

Bonn, den 2. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Die Cäsar des 14. Juni	72

Bei den Landtagswahlen geht es auch um Fortschritt und Frieden

Von Herbert Wehner,
SPD-Fraktionsvorsitzender und stellv. SPD-Vorsitzender

3	Unterschiedlicher Ferienbeginn?	45
---	---------------------------------	----

Kultusminister müssen nach einer Regelung suchen

4	Magenmittel oder Mädchenname	26
---	------------------------------	----

Vom Stand der politischen Bildung

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Diese Bundesregierung wird kein Recht preisgeben
Wehner: Nicht einigeln aus nationalem Trotz
Es geht um die Gewährung der Menschenrechte
Weitere Jahrgänge sollen in Kriegsschadensrente hineinwachsen
Helfen eine neue Heimat zu finden
Mühlbergers "Tschechische Literaturgeschichte"
Jakob-Kaiser-Preis für Wedels "Gedenktag"

Die Cäsar des 14. Juni

Bei den Landtagswahlen geht es auch um Fortschritt und Frieden

Von Herbert Wehner,

SPD-Fraktionsvorsitzender und stellv. SPD-Vorsitzender

Die von "Verrat"- und "Landesverrat"-Transparenten eingerahmte Bonner Marktplatz-Rede des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß an die "Widerstands"-Kundgebung des von dem CDU-Abg. Dr. Czaja geführten "Bundes der Vertriebenen" ist nur eine Etappe in einer hemmungslosen Kampagne der Unions-Führung gegen die von SPD und FDP getragene und von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Bundesregierung Brandt/Scheel. Diese Agitation, die ihre sogenannten Argumente mehr und mehr aus dem Bereich unter der Gürtellinie holt, zielt auf den 14. Juni. An diesem Tag gehen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und im Saarland viele Millionen Bürgerinnen und Bürger an die Urnen, um die neuen Landtage und damit die neuen Landesregierungen zu wählen. Für diese Bürgerinnen und Bürger stehen die aktuellen und die Zukunftsprobleme ihres Bundeslandes zur Debatte. Es geht darum, daß im Rahmen der Landespolitischen Zuständigkeiten die Möglichkeiten genutzt werden für den sozialen und kulturellen Ausbau. Das heißt, fortzusetzen und zu gewährleisten, was die Regierung Kühn/Weyer in Nordrhein-Westfalen in Gang gebracht hat. Das heißt, in Niedersachsen eine regierungsfähige Mehrheit unter sozialdemokratischer Führung zustandezubringen. Das heißt, im Saarland durch eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung aufzuholen, was unter der CDU-Führung vernachlässigt worden ist.

Für die Union geht es um andere Fragen. Sie hat den Wahlkampf bewußt und einseitig auf das Jonglieren mit Bundesproblemen gerichtet. Sie möchte Rache für das Ausgebootetwerden aus den schon als Erbpacht angesehenen Bonner Machtpositionen üben und das erfolgreiche Kabinett Brandt/Scheel doch noch aus dem Sattel heben. Dazu ist ihr jedes Mittel recht, auch wenn dabei Gesellschaft und Staat Schaden leiden sollten. Die maßlosen Übertreibungen der CDU-Agitation im Konjunktur- und Preisbereich werden nur noch im außenpolitischen Gebiet, bei der Ost- und Deutschlandpolitik und den widersinnigen Angriffen auf die konstruktive Europa-Politik der Regierung Brandt/Scheel überboten. Hier wird frivol mit Unterstellungen gearbeitet. Es kommt dabei lediglich darauf an, Gefühle anzustacheln und aufzupeitschen. In der Sache selbst haben Leute wie Strauß, Barzel, Czaja, Windelen und andere das Augenmaß für das im gespaltenen Deutschland mögliche Agitieren verloren. Die Reden auf dem Bonner Vertriebenen-Verbands-Treffen, die Auslassungen in den Unions-Wahlversammlungen der drei Bundesländer, die Artikel im "Bayernkurier" und ähnlichen Hetz-

blättern sind in ihrer manischen Feindschaft gegen die Sozialdemokratie an einem Punkt angelangt, an dem die äußerste Grenze des in Wahlkämpfen zulässigen Geredes schon überschritten worden ist.

Und hier beginnt die persönliche Verantwortung jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers nicht nur in den drei Wahl-Ländern, aber zunächst einmal in diesen Ländern brandaktuell zu werden. Jede Mitbürgerin und jeder Mitbürger muß wissen und sich vor Augen führen, daß hier eine gewisse Führungsgruppe der Union dabei ist, die demokratische Gesellschaft und unseren demokratischen Staat zu schädigen. Unter dem Vorwand des Schutzes angeblich bedrohter nationaler Interessen und unter Mißbrauch getäuschte und irreführter Menschen wird von diesen Unionspolitikern um die persönliche Parteimacht gepokert. Sie scheuen auch nicht, die Bürger unserer Republik in eine Panikstimmung zu jagen; damit diese hinter nationalistischen Phrasen nicht erkennen, daß diese verwerfliche Agitation einer Gruppe rechter Unionsführer geeignet ist, unseren Staat in eine außenpolitische Isolierung zu treiben und uns alle um die Früchte unserer zwei Jahrzehnte langen und bitterschweren gemeinsamen Aufbauarbeit zu bringen.

Es kommt darauf an, die Nerven zu behalten und sich nicht von den Parolen der rechten CDU- und CSU-Führer verwirren zu lassen. Die Bundesregierung Brandt/Scheel ist eine Garantie für eine gesunde und sichere Innen- und Außenpolitik, für wachsendes Vertrauen nach Westen und nach Osten, für Gewaltverzicht, Verständigung, Aussöhnung und Frieden. Über 70 v.H. der Bundesbevölkerung haben nach letzten Meinungsbefragungen ihr Votum für diese Politik der Bundesregierung Brandt/Scheel abgegeben. Wer am 14. Juni in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland seine Stimme für die SPD und die mit ihr in Bonn fest verbundene FDP abgibt, der stimmt zugleich gegen den Mißbrauch nationaler Gefühle durch Nationalismus, Verwirrung, Unduldsamkeit, Isolierung und Rückschritt.

+ + +

Unterschiedlicher Ferienbeginn?

Kultusminister müssen nach einer Regelung suchen

ha. - In diesem Jahr werden 28 Millionen Einwohner der Bundesrepublik mit dem eigenen Wagen oder der Eisenbahn in die Ferien fahren. Das sind schon mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Aller Voraussicht nach wird es schon 1980 für 50 Prozent aller Westdeutschen Ferien geben, die außerhalb vom eigenen Wohnort verlebt werden. Das wird dann noch begleitet sein von einer zunehmenden Motorisierung.

Bei der Festlegung der künftigen Ferien für unsere Schulen wird diese Analyse des Bundeswirtschaftsministeriums voraussichtlich maßgebend sein. Sie wird Vorrang haben müssen vor den Überlegungen der Fremdenverkehrsindustrie und der Pädagogen. Es ist nun einmal harte Realität, daß vor allem die Sommerferien nicht schlagartig an einem Wochenende beginnen und auch an einem Wochenende enden dürfen. Das Verkehrschaos ist dann nicht mehr zu meistern, der Tod auf den Straßen nicht zu steuern.

Sache der Kultusminister der Bundesländer ist es jetzt, eine langfristige, übersichtliche und entzerrte Ferienordnung für die Bundesrepublik vorzulegen. Eine Ferienordnung, an der sich die Schulen, der Fremdenverkehr, der Straßenverkehr und die Industrieunternehmen orientieren können. Der Versuch einer solchen Ferienordnung von morgen wurde jüngst in der Beethoven-Halle zu Bonn unternommen, wo ein Hearing von 70 Organisationen stattfand.

Reduziert man die Meinungen von Bonn auf ihr Konzentrat, so läuft es zunächst vor allem darauf hinaus, die Frist, in der gestaffelt die großen Ferien der Schulen in den einzelnen Bundesländern zu liegen haben, von gegenwärtig 70 auf künftig 90 Tage auszudehnen. Es ist die Frist vom 15. Juni bis zum 15. September. In dieser Zeit sollten die einzelnen Bundesländer gruppenweise gestaffelt mitten in der Woche und dann noch mit unterschiedlichen Tagen den Ferienbeginn und das Feriende legen. Das wäre das Kernstück. Gegen diese Regelung hat es kaum Bedenken gegeben.

Was dann zu regeln wäre, ist sekundär. Die Überlegung, zu fixen kirchlichen Feiertagen zu kommen, vor allem Ostern ständig am gleichen Tag stattfinden zu lassen, ist lobenswert aber vermutlich nur schwer durchsetzbar. Da ist es wohl besser, als zweites Ferienpaket die Winterferien von Weihnachten bis in den Januar hinein auszudehnen, gleichfalls zu staffeln und auch hier die Fristen unter den Bundesländern abzustimmen.

Die Kultusminister werden sich entschließen müssen, alle erkennbaren Daten, die Belastungsfrequenzen der Straßen, die Belegungsfrequenzen der Urlaubsquartiere, die Urlaubstermine der angrenzenden Bundesländer und was sonst noch vonnöten ist, einzuholen und notfalls durch einen Zentralcomputer auswerten zu lassen. Auf alle Fälle muß von den Kultusministern nun endlich erwartet werden, daß sie mit einer langfristigen entzerrten Ferienordnung herauskommen, auch wenn einzelne Interessentengruppen nicht einverstanden sind.

Magenmittel oder Mädchenname

Vom Stand der politischen Bildung

sp - Eine Umfrage des renommierten Tübinger Wickert-Instituts brachte ein erschütterndes Ergebnis zutage. Es kam dabei heraus, daß ein verhältnismäßig großer Teil unseres Volkes nicht weiß, was die NATO ist, die 1949 als Verteidigungsbündnis des Westens entstand und der die Bundesrepublik 1955 beiträt. Vom inneren Zusammenhalt dieses Bündnisses und seiner Funktionsfähigkeit hängt die Sicherheit unserer Bundesrepublik ab - eine Binsenwahrheit, allerdings verschlossen für 17 Prozent unserer Bevölkerung. Unter dem Begriff der NATO verstanden sie ein Magenmittel, einen Mädchennamen, eine dänische Formel, einen Buchtitel oder ein neues Marktprodukt. 52 Prozent unserer Bevölkerung können sich überhaupt - immer nach der Umfrage - keinen Begriff machen, was der Name NATO bedeutet.

Das ist alarmierend. Diese Unkenntnis belegt das Versagen der politischen Bildungsarbeit. Hier muß noch viel getan werden, um unserer Bevölkerung zur Urteilsfähigkeit und zum Erkennen von Zusammenhängen zu verhelfen. Hier sind alle aufgerufen, die Verantwortung für die deutsche Politik tragen und die im Erziehungswesen tätig sind. Das gilt über alle Parteigrenzen hinweg.

Die NATO ist das Fundament, auf dem wir alle stehen und das erst die Voraussetzung dafür schafft, daß wir den Frieden auch mit unseren östlichen Nachbarn finden können. Das geht alle an. Es muß mehr Aufklärung und mehr Vermittlung politischer Tatbestände geben, als es bisher geschah. Das gebietet unser nationales Interesse. Die Bildungsarbeit bedarf kräftiger Impulse. Das Ergebnis dieser Umfrage ist nicht nur alarmierend, es ist erschreckend. Es läßt eine Lücke erkennen, die von Sachkundigen geschlossen werden muß.

+ + +